

RESOLUTION 2023-04

NGO “Russische Schule von Estland“

Die Delegierten der Mitgliedsorganisationen der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) haben auf ihrer Delegiertenversammlung am 9. September 2023 in Pécs • Fünfkirchen • Pečuh, Ungarn, die folgende Resolution verabschiedet:

Resolution zur Änderung der Gesetzgebung für russische Kindergärten und Schulen

Die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) stellt mit Bedauern fest, dass das estnische Parlament im Dezember 2022 ein neues Gesetz verabschiedet hat, das die Grundlage für die vollständige Estonisierung russischer Kindergärten und Schulen im Zeitraum 2024 bis 2030 bilden wird. Die neuen Gesetze und Rechtsakten haben den Kurs in Richtung einer Zwangsestonisierung der russischen Schulen und Kindergärten bestätigt. Darüber hinaus widerspricht die neue Gesetzgebung der estnischen Verfassung, in der es heißt: „Die Unterrichtssprache in einer Bildungseinrichtung für eine nationale Minderheit wird von der Bildungseinrichtung gewählt“ (nicht von der Regierung oder dem Parlament). Wir halten dies für einen Verstoß gegen die Rechte der russischen nationalen Minderheit (einschließlich des Rechts auf Wahrung der nationalen Identität). Dies wird auch zu einer allgemeinen Verschlechterung der Qualität des Bildungsprozesses und zu einer Degradierung des russischen Schulsystems führen, das in Hunderten von Jahren aufgebaut wurde. Ganze Generationen russischer Kinder in Estland werden ohne das Recht auf eine qualitativ hochwertige Bildung in ihrer Muttersprache dastehen. Die FUEN ist der Ansicht, dass nationale Minderheiten nicht als Objekt der Assimilation, sondern als Quelle eines großen Entwicklungs- und Diversitätspotenzials betrachtet werden sollten. Der Staat muss sich an die internationalen Verpflichtungen in diesem Bereich halten. Die von Estland verabschiedeten Rechtsvorschriften verstoßen gegen den EU-Vertrag (Artikel 3), die Grundsätze der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen (ECRML) und die Verpflichtungen aus dem Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten (FCNM), dem Estland seit 1997 beigetreten ist.

Die Delegiertenversammlung der FUEN fordert Estland auf:

1. Das neue Gesetz zurückzuziehen, das die Grundlage für die vollständige Estonisierung russischer Kindergärten und Schulen ab dem Jahr 2024 bilden wird.
2. Alle Artikel des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten (FCNM) und der Sprachencharta (ECRML) des Europarates einzuhalten und sich an die Empfehlungen internationaler Organisationen (OSZE, ECRI usw.) zu halten.

Die FUEN fordert die Europäischen Institutionen auf:

1. anzuerkennen, dass die von Estland verabschiedeten neuen Rechtsvorschriften gegen den EU-Vertrag (Artikel 3) und die Kopenhagener Kriterien sowie die oben genannten Konventionen des Europarates verstoßen.